

Entschließungsantrag

der Fraktionen der SPD, FDP

**zur dritten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs
eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplanes
für das Haushaltsjahr 1976**

**hier: Einzelplan 23 – Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche
Zusammenarbeit –
– Drucksachen 7/4100 Anlage, 7/5048 –**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag erwartet, daß die IV. Welthandelskonferenz (UNCTAD IV) einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung leistet. Er weist auf den engen Zusammenhang zwischen der Welthandelskonferenz und dem Dialog (KIWZ) zwischen Entwicklungs- und Industrieländern hin. Er erwartet, daß sich die Bundesregierung aus solidarischer Verantwortung, humanitärer Pflicht und wohlverstandennem Eigeninteresse unter Wahrung bzw. Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Weltmarktes und der internationalen Arbeitsteilung zu konkreten Schritten bereitfindet.
2. Der Deutsche Bundestag wird alle Bemühungen der Bundesregierung unterstützen, den Dialog zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern im konstruktiven Sinne zu führen. Er erwartet, daß die Bundesregierung aktiv darauf hinarbeitet, auf der Basis einer offenen (liberalen) Handelspolitik und der Erweiterung der Präferenzen für Entwicklungsländer ein Höchstmaß an Zusammenwirken und gemeinsamen Vorgehen der Mitgliedstaaten der EG zu erreichen.
3. Das bedeutet, daß die EG ihre Märkte noch stärker als bisher für die Entwicklungsländer öffnet. Das muß auch bei der Fortentwicklung des EG-Agrarmarktes berücksichtigt werden.
4. Der Deutsche Bundestag betrachtet die Entwicklung der binnenwirtschaftlichen Strukturen der Entwicklungsländer und ihre regionale Zusammenarbeit untereinander als besonders förderungswürdig.
5. Der Deutsche Bundestag hält es für wichtig, daß die Möglichkeiten einer sachgerechten Erlösstabilisierung, die die

Funktionsfähigkeit des Weltmarktes nicht gefährdet, gemeinsam mit den Entwicklungsländern fortentwickelt werden.

6. Die Bedenken gegen ein integriertes Rohstoffprogramm und gegen Maßnahmen zur Preisindexierung bestehen fort. Der Deutsche Bundestag erwartet, daß die Bundesregierung einzelnen Rohstoffabkommen nur dann zustimmt, wenn durch diese der Markt nicht ausgeschaltet wird und die entstehenden Kosten in einem vertretbaren Verhältnis zu dem voraussichtlichen Nutzen stehen.
7. Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine Überzeugung, daß die Entwicklungsländer auf einen höheren Ressourcen-Transfer aus den Industrieländern angewiesen sind. Er erwartet, daß sich die OPEC- und die COMECON-Länder an dieser Aufgabe angemessen beteiligen.
8. Der Deutsche Bundestag weist darauf hin, daß die wachsende Verschuldung – insbesondere der ärmeren Entwicklungsländer – ein immer dringenderes Problem darstellt. Er befürwortet deshalb großzügigere Umschuldungsmaßnahmen für öffentliche Kredite für die ärmsten Entwicklungsländer, die allerdings von geeigneten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Entwicklungsländer flankiert sein sollten. Eine allgemeine Umschuldungskonferenz ist zur Erreichung dieses Zieles nicht notwendig.
9. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, diese Empfehlungen im Zuge der internationalen Verhandlungen zu berücksichtigen, um die Konfrontation zwischen Entwicklungs- und Industrieländern zu verhindern und den Gedanken der partnerschaftlichen Kooperation zu stärken.
10. Wenn den Industrieländern größere Anstrengungen zugemutet werden, können sie ein Höchstmaß an Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer und ein Entgegenkommen bei der Versorgung mit lebenswichtigen Rohstoffen und Gütern erwarten.

Bonn, den 11. Mai 1976

Wehner und Fraktion

Mischnick und Fraktion